

Über die Schwierigkeit, in Brandenburg Frieden zu finden



„Wir haben zu essen, wir haben ein bisschen Geld. Aber was wir brauchen, ist Frieden. Deshalb sind wir hierher gekommen“, sagt Fuad N. Er gehört zu einer Gruppe von 15 jungen Männern aus Eritrea. Den Frieden, den sie seit der Flucht aus der Militärdiktatur suchen, haben sie noch nicht gefunden.

Nachdem sie in Deutschland Asyl beantragen, werden sie nach Brandenburg verteilt und ins Flüchtlingsheim nach Forst geschickt. Dort leben sie, wie in den meisten Heimen, auf engstem Raum in einem Gebäude ohne abgeschlossene Wohneinheiten. Küchen und sanitäre Einrichtungen müssen Menschen miteinander teilen, die sich sprachlich oft nicht verständigen können. Das führt zu Konflikten. So auch in Forst. Die Gruppe bittet die Verwaltung einzuschreiten, aber nichts passiert. Schließlich eskaliert die Situation. Es kommt zu einer Schlägerei, bei der vier von ihnen verletzt werden. Einer muss neun Tage lang ins Krankenhaus. Jetzt reagiert die Verwaltung schnell und verlegt

die Gruppe nach Guben in ein weitgehend leerstehendes Lehrlingsheim.

Doch auch hier können sie keinen Frieden finden, sondern werden mit einer Serie rassistischer Anfeindungen und Angriffe konfrontiert. Wenige Tage nach ihrer Ankunft wird die Parole „Refugees go home!“ metergroß auf den Weg vor ihrer Unterkunft geschrieben und einer von ihnen wird vor dem Supermarkt rassistisch bedroht. In ihrer Verzweiflung fahren sie nach Gießen zu einem eritreischen Verein, um sich beraten zu lassen und zur Ruhe zu kommen. Wegen der Aufenthaltsbeschränkung im Asylverfahren müssen sie aber nach Guben zurück. Kurz nach ihrer Rückkehr kommt es direkt vor der Unterkunft zu einem weiteren rassistischen Angriff. Dieses Mal rufen sie die Polizei und einer von ihnen fährt mit den Beamten zur Zeugenaussage nach Cottbus. Dort wartet er stundenlang auf einen Übersetzer. Als dieser kommt, spricht er nicht seine Sprache. Unverrichteter Dinge wird er nach Guben zurückgebracht. Während

der Fahrt fesseln die Beamten ihm, dem Opfer, die Hände mit Handschellen auf den Rücken. Diese unverständliche, erniedrigende und bedrohliche Behandlung hat ihn nachhaltig schockiert.

Die Gruppe wendet sich nun mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit und bittet um Unterstützung dabei, an einen sicheren Ort zu kommen. Sie wollen in eine größere Stadt, wo sie nicht die einzigen Schwarzen sind, und beantragen den Umzug nach Cottbus. Die Behörden lehnen ab. Nun haben sie sich entschlossen auszuharren, in der Hoffnung auf schnelle Asylverfahren. Sie haben inzwischen Ansprechpartner vor Ort, aber ihre Unterkunft verlassen sie nur noch selten. „Stinkefinger und Spucken, das ist normal für mich. Ich sehe auch die Leute, die lächeln, aber eben auch die anderen,“ sagt Fuad N. über seine Erfahrungen.

Was die Gruppe erlebt hat, erleben viele Flüchtlinge, angefangen bei den Folgen der verfehlten Unterbringungs politik über Anfeindungen und Rassismus bis zur Diskriminierung durch Beamte. Die Gruppe hat sich zusammengeschlossen und entschieden, dagegen anzukämpfen. Ihr Verlangen nach Solidarität ist gleichzeitig eine Forderung, Flüchtlingspolitik nicht darauf zu beschränken, Menschen zu verwalten.

MONITOR

Am 22.11.2014, gegen 00:40 Uhr, betreten ein syrischer und ein kenianischer Flüchtling die Räume eines Schnellrestaurants in der Handelsstraße in Schwedt/Uckermark. Dort treffen sie auf einen Mann, der ihnen den sogenannten „Hitlergruß“ darbietet und dem Syrer unvermittelt mit der Faust ins Gesicht schlägt. Der junge Mann stürzt und zieht sich Verletzungen zu, die im Krankenhaus behandelt werden müssen. Nachdem er schon am Boden liegt, schimpft der Täter weiter auf den anderen Flüchtling ein.

INHALT

TITEL

Über die Schwierigkeit in Brandenburg Frieden zu finden

THEMA

Gewalt gegen Flüchtlinge im Alltag

THEMA

Nach der Wahl

DACHVERBAND

Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt gründen Dachverband

NEUE STUDIE

„Die haben uns nicht ernst genommen“

IMPRESSUM

Gewalt gegen Flüchtlinge im Alltag

Flüchtlingspolitik ist nach wie vor das zentrale Thema von NPD, Kameradschaften und AlltagsrassistInnen. Sobald es erste Informationen oder nur Gerüchte gibt, dass eine neue Unterkunft für Flüchtlinge eingerichtet werden soll, entsteht auf Facebook eine lokale Nein-zum-Heim oder Wehr-Dich-Initiative, auf der rechte Kader die Stimmung gegen Flüchtlinge anheizen. Wurfsendungen, Drohgraffitis, Protestkundgebungen, „Mahnwachen“ und Fackelmärsche folgen.



Kundgebung am 8. November in Wittstock. Die Buchstaben auf den T-Shirts ergeben „Asylflut aufhalten“, auf den Rücken steht „Deutschland blutet“.

Gleichzeitig entstehen aber auch fast überall Willkommensinitiativen, die Flüchtlinge unterstützen und sich für deren Belange einsetzen. Die Situation ist also vielschichtig und nicht wie in den 1990er Jahren, die immer wieder zum Vergleich herangezogen werden. Trotzdem ist eindeutig festzustellen, dass die Gewalt gegen Flüchtlinge zunimmt. Wie das im Alltag aussieht, dokumentieren wir am Beispiel von drei Fällen aus unserer Beratung:

Russischsprechen wird lebensgefährlich

Frau D. ist 70 Jahre alt, kommt aus Tschetschenien und wohnt in einem Potsdamer Flüchtlingsheim. Sie kann nur mit Hilfe eines Rollators gehen. An einem frühen Abend im August ist sie mit zwei anderen Tschetscheninnen unterwegs, eine davon fährt im Rollstuhl und Frau D. schiebt ihren Rollator. Den sichtbar behinderten Frauen kommen zwei angetrunkene junge Männer entgegen. Als sie an Frau D. vorbeigehen, hört sie noch, dass der eine sagt „die sprechen russisch“, dann wird sie von

ihm an den Haaren gezogen, zweimal gegen den Kopf geschlagen, in die Seite getreten und dann ins Knie. Es geht ganz schnell, sie kann sich noch nicht einmal wegrehen, versucht sich nur am Rollator festzuhalten. Der kippt um und sie stürzt über ihn. Der Mann greift sich den Rollator und schwingt ihn über seinem Kopf. Frau D. fürchtet, dass er damit auf sie einschlägt, aber er wirft ihn ins Gebüsch. Dann gehen beide Männer weiter.

Die drei Frauen verstecken sich eine Weile, bis sie sich trauen, den Rollator zu holen und ins Heim zu gehen. Zusätzlich zu den Verletzungen verschlimmern sich Frau D.s chronische Krankheiten nach dem Überfall zunächst stark. Nicht nur sie, auch eine der Begleiterinnen steht eine Weile lang unter Schock. Erst langsam trauen sie sich wieder aus dem Haus zu gehen.

Ein Afrikaner darf hier nicht wohnen

Anfang September möchte der nigerianische Flüchtling Herr M. seine neue Wohnung in einem Potsdamer Neubaugebiet beziehen. Als er am frühen Abend mit zwei Gepäcktaschen das Haus betreten will, stellen sich ihm eine Frau und ein Mann in den Weg und fragen, was er hier wolle. Er erklärt, dass er ab jetzt in dem Haus wohnt und zeigt Ihnen zum Beweis seinen Wohnungsschlüssel. Zu seiner Überraschung beharren die beiden darauf, dass er nicht ins Haus dürfe. Sie beleidigen ihn mit den üblichen rassistischen Beschimpfungen. Herr M.

fängt an zu argumentieren, erklärt, dass er im Krankenhaus arbeitet und seinen Lebensunterhalt selbst verdient. Doch das besänftigt die beiden nicht. Ein weiterer Mann kommt hinzu und stimmt in die rassistischen Beschimpfungen ein. Als Herr M. trotzdem versucht, das Haus zu betreten, schlägt ihm einer der Männer ins Gesicht. Herr M. versucht, die Hände des Täters festzuhalten, um weitere Schläge zu verhindern. Daraufhin wird ihm Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Jemand, der die Auseinandersetzung vom Balkon aus beobachtet, ruft die Polizei, die einen Krankenwagen bestellt. Herr M., der Kontaktlinsen trägt, sieht nach dem Pfeffersprayangriff nicht mehr scharf. Schlimmer als die notwendigen neuen Kontaktlinsen sind die psychischen Auswirkungen. Schon im Jahr zuvor war er an einer Straßenbahnhaltstelle von zwei Betrunkenen rassistisch beleidigt und geschlagen worden. Er fühlt sich im neuen Haus weiter bedroht und gezwungen, ständig seine Anwesenheit zu rechtfertigen.

Plötzlich geht nichts mehr

Der afrikanische Flüchtling Bruno D.* lebt seit fast fünf Jahren in einem Flüchtlingsheim am Waldrand eines brandenburgischen Dorfes. Er darf nicht arbeiten und unterliegt noch weiteren behördlichen Restriktionen. Sein Lichtblick ist der Fußballverein, bei dem er drei mal die Woche sehr erfolgreich trainiert. Im November fährt er mit der Regionalbahn vom Training nach Hause. Schon im Zug wird er von einem Mitreisenden feindselig taxiert. Sie steigen am gleichen Bahnhof aus, wo der Mitreisende von zwei Männern empfangen wird. Aus der so entstandenen kleinen Gruppe heraus schlägt er Bruno D. unvermittelt mit der Faust ins Gesicht und zu Boden. Mit wüsten rassistischen Beschimpfungen gegen D. ziehen die Männer ab. Ein anderer Flüchtling, der den Vorfall gesehen hat, ruft die Polizei. Die Verletzungen, die Bruno D. davon getragen hat, sind inzwischen verheilt, aber er geht nicht mehr zum Training. Nach dem Erlebten kann er den einsamen Weg zum Bahnhof nicht mehr ohne Panik alleine gehen.

*Name verändert

Nach der Wahl



Erstmals nach zehn Jahren zog in Potsdam wieder eine Partei rechts von der CDU in den Landtag ein. Bei extrem niedriger Wahlbeteiligung erzielte die AfD 12,2 Prozent. Anders als in Sachsen, wo sie in Konkurrenz zur NPD antrat, schlug sie in Brandenburg moderate Töne an und bemühte sich um das Image einer unideologischen Sachverständigenpartei. Im Wahlprogramm vermied man rechten Sprachgebrauch und hält es bisher auch im Landtag so - bis auf den Fraktionsvorsitzenden Gauland, der in der Mehrzahl der Flüchtlinge „Sozialchmarotzer“ ausmachte.

Gleichwohl haben sieben der zehn AfD-Landtagsabgeordneten eine rechte bzw. extrem rechte Vergangenheit. Andreas Kalbitz z. B. veröffentlichte früher im Organ des von NSDAP- und SS-Mitgliedern gegründeten Witiko-Bundes („Gesinnungsgemeinschaft der Sudeten-deutschen“) und ähnlichen Blättern und schrieb für die Junge Freiheit; sein Parteikollege Steffen König schrieb noch im Jahr 2011 für die Junge Freiheit. Jan-Ullrich Weiß wurde nach offen antisemitischen Äußerungen auf seiner Facebook-Seite aus der Partei ausgeschlossen. Für den Kreistag von Potsdam-Mittelmark kandidierte Arpad von Nahodyl, der als Geza von Nemenyi das Oberhaupt der Germanischen Glaubensgemeinschaft (GGG) ist, die sich auf den völkischen Esoteriker Fahrenkrog bezieht.

Schneller abschieben

Im Wahlkampf verknüpfte die Partei Asyl- und Migrationspolitik mit den The-

men Innere Sicherheit und Kriminalitätsentwicklung. Sie versuchte ausdrücklich, an positive DDR-Erinnerungen von Ruhe und Ordnung anzuknüpfen, und forderte gleichzeitig mehr Bürgerbeteiligung vor allem bei der Eröffnung von Flüchtlingsunterkünften. Auf lokaler Ebene wurde vorrangig das Thema Asyl zur Mobilisierung eingesetzt: die geplanten zusätzlichen Erstaufnahmeeinrichtungen brauche man nicht, wenn schneller abgeschoben würde usw... Die Rhetorik hat dabei demagogische Züge. Wenn zum Beispiel gefordert wird, die unregelmäßige Einwanderung zu stoppen, wird unterstellt, es gäbe keine Zuzugskontrollen, und so Ängste geschürt und Abwehrhaltungen gefördert. Es ist davon auszugehen, dass die AfD die Diskussion um Asyl und Einwanderung weiter in diese Richtung vorantreiben und Stimmung gegen Flüchtlinge machen wird.

AfD profitiert von Radikalisierung

Die Schlagwörter „Asylmißbrauch“, „Einwanderung in die Sozialsysteme“ und „Ausländerkriminalität“ verbinden AfD-AktivistInnen mit dem mehr oder weniger bürgerlichen (Facebook-)Stammtisch und mit Neonazis. Die rassistische Aufladung von Fragen der Kriminalitätsbekämpfung ist im Grenzgebiet zu Polen besonders erfolgreich und wirkt - verbunden mit haarsträubenden Gerüchten über Asylsuchende - radikalierend.

In Frankfurt (Oder) erschien im August in der Lokalzeitung ein Artikel, indem über „Schwarze“ berichtet wurde, die angeblich in einem Park Drogen verkaufen.

Es folgte die breite mediale Heraufbeschwörung einer Bedrohung durch „Ausländerkriminalität“, die ihren Widerhall u.a. in Aufrufen zur Bewaffnung auf Webseiten wie „Brandenburg wehrt sich“ und „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“ fanden. Schnell gründete sich eine Facebook-Gruppe „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“. Der Stadtverband der AfD versuchte die aufgeheizte Stimmung für sich zu nutzen und bot sich als parlamentarischer Vollstrecker der Forderung nach Vertreibung von Ausländern an.

Verhältnis zu NPD und CDU

Das Verhältnis zur NPD ist in der Partei umstritten. Während sich die Bundespartei strikt um Abgrenzung bemüht und sich gegen Unterwanderungsversuche wehrt, stimmten AfD-Kreistagsabgeordnete im Landkreis Dahme-Spreewald mit der NPD für schnellere Abschiebungen. Da es der AfD bisher weitgehend gelungen ist, ein bürgerliches Image zu wahren, werden so die Positionen der NPD aufgewertet und normalisiert.

Die CDU scheint ihr Verhältnis zur AfD noch in der Praxis klären zu müssen. Es gibt aber bereits deutliche Signale für eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit. Aus der Jungen Union erhielten die Newcomer eifertig Zustimmung zu ihren asylpolitischen Positionen, während der Fraktionsvorsitzende Kritik an ihnen übte.

Ausblick

Im Landtag gibt es nicht nur die AfD als neuen Faktor, sondern auch den neuen Innenminister Karl-Heinz Schröter, der von Kritikern als Sarrazin der Brandenburger SPD bezeichnet wird und in der eigenen Partei als asylpolitischer Hardliner umstritten ist. Es ist zu befürchten, dass in dem Maß, wie restriktive asylpolitische Positionen parteiübergreifend zunehmen und von einem angstschürenden Sicherheitsdiskurs flankiert werden, auch der Rassismus und die rechte Gewalt weiter zunehmen werden. Den Medien kommt hierbei die große Verantwortung zu, sachlich zu berichten, statt von „Flüchtlingsfluten“ zu schreiben und Bilder wie „das Boot ist voll“ heraufzubeschwören.

Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt gründen Dachverband

Am 22. September wurde in Berlin der „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ gegründet. Der Verein Opferperspektive hat sich an der Gründungsinitiative beteiligt und ist im Vorstand des neuen Dachverbandes vertreten. Beteiligt waren außerdem die Beratungsstellen und Initiativen aus Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Ziel ist, den flächendeckenden Auf- und Ausbau unabhängiger Beratungsstrukturen zu fördern. Zu lange wurde ignoriert, dass rechte, rassistische und antisemitische

Gewalt in großen Teilen Westdeutschland genauso grassiert wie in den Neuen Bundesländern, die seit der Gewaltwelle in den 1990er Jahren im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen.

Der Dachverband vernetzt die bereits bestehenden Beratungsstellen und vertritt deren Interessen auf Bundesebene. Er setzt sich dafür ein, dass die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt werden und Betroffene in ganz Deutschland Zugang zu einer spezialisierten und unabhängigen Beratungsstelle haben. Er soll auch die Aus- und Weiterbildung der BeraterInnen gemäß der kürzlich veröffent-

lichten Mindeststandards organisieren. Die Dachverbandsgründung ist der organisatorische Ausdruck der Zusammenarbeit der Beratungsstellen in den Neuen Bundesländern und Berlin, die sich seit 2001 regelmäßig zum fachlichen Austausch, gemeinsamer Weiterbildung und Qualitätsentwicklung treffen. Seit 2010 wird das Know-How auch von Initiativen in den alten Bundesländern in Anspruch genommen. MitarbeiterInnen der Opferperspektive waren allein in diesem Jahr mehrmals als ExpertInnen eingeladen, um auf kommunaler wie auf Landesebene den Aufbau von neuen Projekten fachlich zu unterstützen.

NEUE STUDIE

„Die haben uns nicht ernst genommen“

Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Thüringen ezra hat eine Studie über die Erfahrungen von Betroffenen mit den Reaktionen ihrer Umwelt auf ihre Erlebnisse durchgeführt. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Erfahrungen mit der Polizei gelegt. Befragt wurden 44 ehemalige KlientInnen der Beratungsstelle, die als politische GegnerInnen oder aus rassistischen Gründen angegriffen worden waren. Die Auswertung ergab folgendes Bild: Die Hälfte der Befragten fühlte sich durch die Polizei nicht ernst genommen. Ebenso viele sahen sich mit Vorurteilen der PolizistInnen kon-

frontiert. JedeR Dritte war der Ansicht, die PolizistInnen hätten vor Ort nicht ihre Pflicht erfüllt, Be- und Entlastendes für eine Tatbeteiligung zu finden. Bis zu einem Drittel der Befragten fühlt sich durch verschiedene andere Aspekte des Verhaltens der PolizeibeamtInnen erneut viktimisiert, z. B. dadurch, dass sie wie einE TäterIn (statt als Opfer) oder als Mensch zweiter Klasse behandelt wurden. Mehr als die Hälfte bezweifelt zudem, dass die Polizei wirklich an der Aufklärung der politischen Tathintergründe interessiert war. Ähnlich fielen die Bewertungen des Polizeiverhaltens im weiteren Ermittlungsverfahren aus.



„Die haben uns nicht ernst genommen“
Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei
Matthias Quent / Daniel Geschke / Eric Peinelt
Hrsg.: ezra – mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen
als pdf oder Broschüre zu beziehen bei ezra

IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001

E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Beate Selders
Ulrike Imhof

Fotos: Seite 1 flickr CC By-NC-SA 2.0
Seite 2 Presseservice Rathenow
Seite 3 flickr blu-news.org CC

Spendenkonto 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 10020500
IBAN: DE34100205000003813100

